

Pressemitteilung

Berlin, den 17.01.2017

Nr. 03/2017

DStGB bedauert das Scheitern des Parteiverbots der NPD 338 Kommunalvertreter in kommunalen Parlamenten

Berlin - "Der Deutsche Städte- und Gemeindebund bedauert, dass das Parteiverbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist. Die juristische Begründung ist allerdings nachvollziehbar, da unsere Verfassung an ein Parteiverbot ganz besondere hohe Anforderungen stellt. Es gilt jetzt vor Ort weiter konsequent die politischen Positionen der 338 Kommunalvertreter der NPD in kommunalen Parlament in Deutschland zu bekämpfen" sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg in Berlin.

Zur Pressemeldung des Bundesverfassungsgerichtes:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/b>

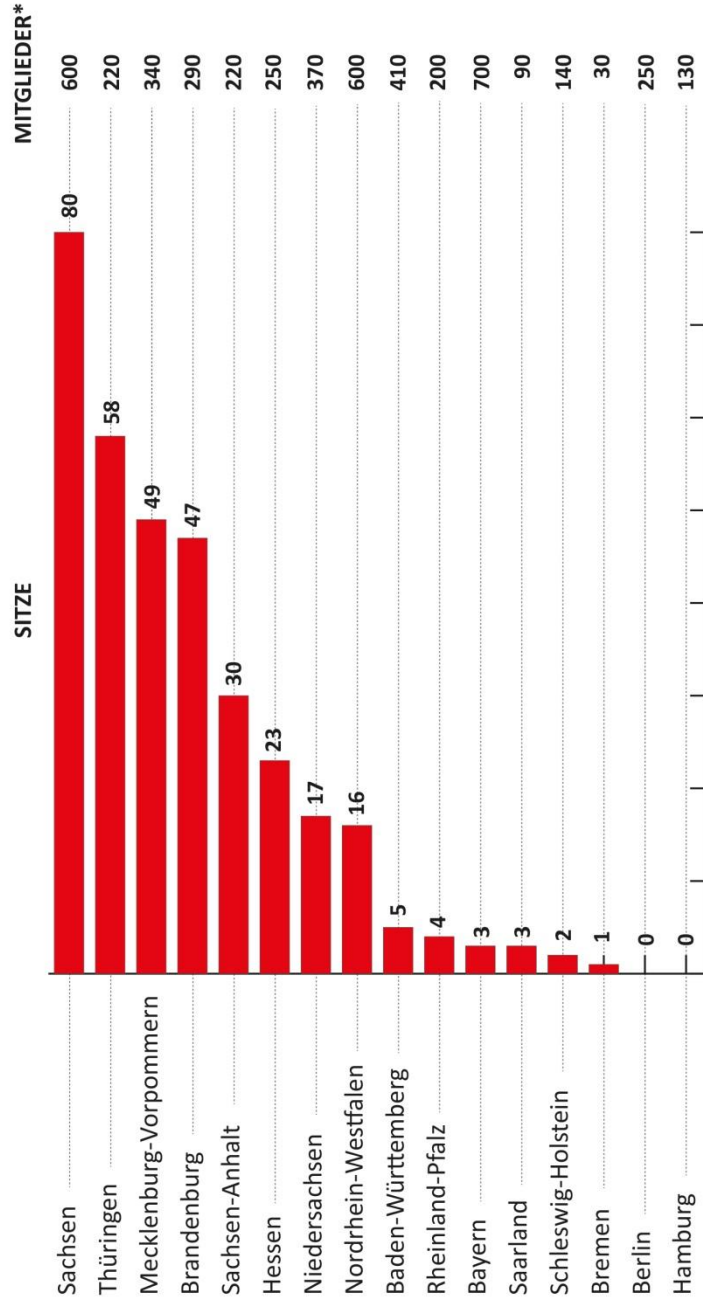
DIE NPD IN DEN BUNDESLÄNDERN

SITZE IN KOMMUNALEN VERTRETUNGEN & MITGLIEDER IN:



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

NPD:
338 Sitze
in kommunalen
Vertretungen



GESAMT

338 SITZE

Gesamtzahl kommunaler Mandatsträger: ca. 220.000
(Schätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes)

Stand Sitze: November 2016 (BV); Stand Mitglieder: 2015; * z.T. geschätzt

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, Landesämter für Verfassungsschutz. / Grafik DStGB